

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 79 (2001)
Heft: 12

Artikel: Dafür und dagegen : Gold für Solidarität?
Autor: Strahm, Rudolf / Blocher, Christoph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-725812>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

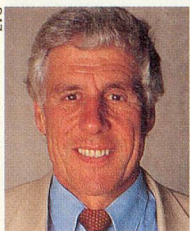
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



DAFÜR: RUDOLF STRAHM
Nationalrat (SP BE)

Lic. rer. pol., Präsident Schweiz. Mieterinnen- und Mieterverband

Es besteht kein Zweifel: Die nicht benötigten Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind Staatsvermögen und gehören dem Schweizer Volk. Sie sollen für Zwecke verwendet werden, die der Wohlfahrt des Volkes dienen.

Der Bundesrat und das Parlament unterbreiten dem Volk folgenden Vorschlag: Der Verkaufserlös aus den 1300 Tonnen Gold, rund 18 Milliarden Franken, soll für 30 Jahre in einen Fonds eingelegt werden, der das Vermögen ertragsbringend anlegt. Das Fondsvermögen soll real erhalten bleiben, was heisst, dass der nominelle Vermögensbestand im Ausmass der Teuerung wachsen muss. Nach 30 Jahren steht er wieder für die Verwendung nach einem erneuten Volksentscheid zur Verfügung.

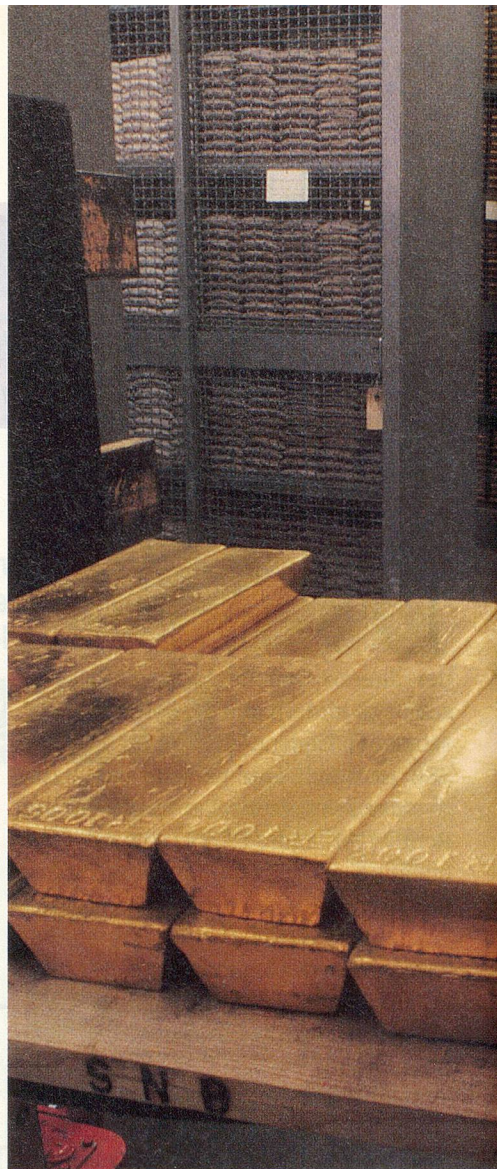
Die Erträge, also die Zinsen und Dividenden aus dem Vermögen, sollen nach dem Parlamentsentscheid für drei Zwecke eingesetzt werden, nämlich: Ein Drittel soll in den AHV-Fonds fließen. Ein zweites Drittel geht an die Kantone, die gemäss Verfassung ein Anrecht auf Nationalbankgewinne haben und das Geld vor allem für die Bildung einsetzen sollten. Ein drittes Drittel kommt der Stiftung «Solidarität Schweiz» zugute.

Eigentlich ist nur diese Solidaritäts-Stiftung umstritten. Sie hat nichts mehr mit dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg zu tun, sondern soll im Inland und Ausland jenen Hilfe zukommen lassen, denen es am schlechtesten geht. Zum Beispiel eine Soforthilfe für Katastrophenopfer, Opfer von Bergstürzen und Erdbeben. Denken wir an Gondo, aber auch an die Hilfe für die Ärmsten in der Welt, an die Millionen, die in Afrika mit dem tödlichen Aids-Virus infiziert sind. Oder denken wir an die fünf Millionen Sterbefälle jährlich wegen Malaria und Tuberkulose. Die «Solidarität Schweiz» wird jenen vergessenen Opfern helfen können, denen das Interesse der Weltöffentlichkeit fehlt.

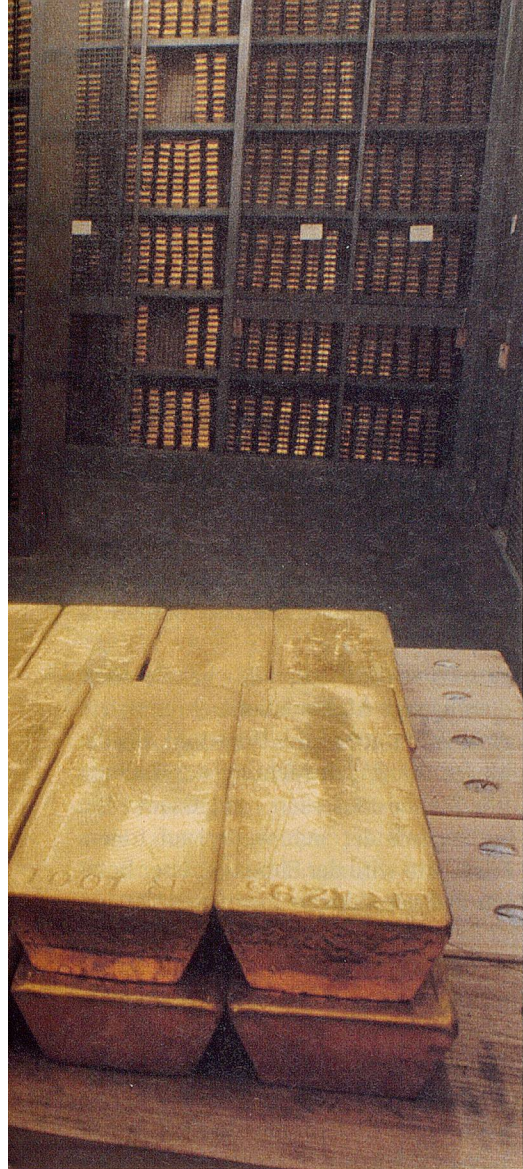
Wir können in der globalisierten Welt nicht mehr in Frieden und Ruhe leben, wenn es andern so schlecht ergeht. **Im Inland und Ausland die Armut und Not zu lindern, gehört auch zu unserem eigenen Wohlbefinden und Wohlstand.** Sonst wird uns die Not der andern in Form von Gewalt wieder einholen!

Zur Verhinderung der Stiftung «Solidarität Schweiz» wurde eine so genannte Goldinitiative lanciert. Mit dieser Initiative soll der Golderlös zu hundert Prozent in die AHV fließen. Doch die Goldinitianten täuschen das Volk, wenn sie sagen, dass damit die AHV finanziert wäre: Selbst wenn alles Gold in die AHV fließen würde, würden die Erträge nur gerade für acht Tage im Jahr reichen, um die Renten zu zahlen. Für acht Tage von 365 Tagen! Die Goldinitiative ist von jenen lanciert worden, die sonst keine Gelegenheit auslassen, der AHV den Geldzufluss abzustellen! ■

1300 Tonnen Gold Währungsreserven der Nationalbank sollen in einem Fonds ertragbringend angelegt werden.

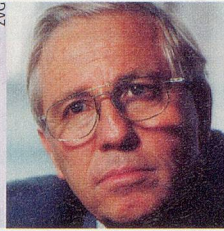


Gold für Solidarität?



SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK

ZVG



DAGEGEN: CHRISTOPH BLOCHER
Nationalrat (SVP ZH)
Dr. iur., Unternehmer

Die Schweizerische Nationalbank ist der Meinung, dass rund 1300 Tonnen Gold, das heisst ein Wert von etwa 20 Milliarden Schweizer Franken, als Reserve für die Währungspolitik nicht mehr benötigt werden. Der damalige Bundespräsident Arnold Koller hatte im März 1997, als die Schweiz von amerikanischen Kreisen unter grossen Druck gesetzt wurde, im Nationalrat verkündet, dass aus einem Teil der Reserven eine Solidaritäts-Stiftung – heute Stiftung «Solidarische Schweiz» – gegründet werde. Dies aus Dankbarkeit, dass die Schweiz vom Krieg verschont worden sei. Er erwähnte, dass dann mit dieser Stiftung viel Gemeinnütziges und Soziales im In- und Ausland geleistet werden könnte, selbstredend natürlich auch für die Holocaustopfer.

Die Ankündigung dieser Stiftung war das Resultat einer unbeschreiblichen Erpressungskampagne. Dies führte dann zu Milliardenzahlungen der Schweizer Wirtschaft, hauptsächlich mit dem Zweck, einem Bankenboykott in den USA zu entgehen. Im Schweizer Volk war ein grosser Widerstand gegen solche Erpressungsmanöver zu spüren. Dieser Widerstand der Bevölkerung war wohl der Grund, dass Bundesrat und Parlament keine Gelder sprachen. Die Stiftung «Solidarische Schweiz» war dann ein Ausweg.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat kurz darauf eine Volksinitiative gestartet (so genannte Goldinitiative), welche verlangt, dass die nicht benötigten Währungsreserven, also eben diese 1300 Tonnen Gold oder diese rund 20 Milliarden Schweizer Franken, dem Schweizervolk zugeführt werden. Dies geschieht am besten, indem man dieses überschüssige Geld in den AHV-Ausgleichsfonds bezahlt. **Würde man die 20 Milliarden in die AHV einbezahlen, so würden die AHV-Renten sicherer und es müssten weniger Mehrwertsteuern erhoben werden. Das dient allen.**

Damit ist für eine solche Stiftung «Solidarische Schweiz» natürlich kein Platz mehr. Es hat lange gebraucht, bis man jetzt diese Vorlage ins Parlament gebracht hat. Sie wurde gedreht und gewendet, um endlich einen Zweck zu finden, der vor einer allfälligen Volksabstimmung Bestand haben könnte. Vieles soll daraus bezahlt werden können, und viele Kreise hoffen natürlich, von diesem Manna Geld zu bekommen. Denn 7 Milliarden Franken bringen im Jahr etwa 350 Millionen Schweizer Franken Erträge, die verteilt werden können, und hier wird es an Empfängern nicht fehlen. In einer Zeit, in der es für uns schwer wird, die AHV finanzieren zu können, ist es eine Dummheit, eine Stiftung «Solidarische Schweiz» zu bilden, statt das Geld der gefährdeten AHV zu geben. Ist es nicht mindestens so solidarisch, wenn man das Geld denen zurückgibt, denen es gehört? ■

Der Ertrag aus den überschüssigen Währungsreserven der Schweizerischen Nationalbank soll verteilt werden.

Wer vom Geldsegen profitieren wird, ist heftig umstritten. Soll alles Geld in die AHV fliessen, oder sollen mit diesen Erträgen auch die Kantone unterstützt und eine Schweizerische Solidaritäts-Stiftung finanziert werden?